



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

24. September 2021
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Bundestagswahl: Bereiten wir unsere Verteidigung vor!

Wer wird Kanzler*in? Welche zwei oder drei Parteien werden eine Koalition bilden?

Was auch immer am Ende dabei herauskommen wird: Wir Arbeitenden ziehen auch mit der nächsten Regierung eine Niete.

Was passiert, wenn CDU/CSU gewinnen, wissen wir aus den letzten 16 Jahren zur Genüge: noch mehr unsichere Jobs, noch mehr Menschen mit Armutsrenten, noch mehr Einsparungen bei Krankenhäusern, Schulen, Straßen und Bussen – während der Reichtum der großen Kapitalisten noch gigantischere Ausmaße annimmt.

Laschet will diese arbeiterfeindliche Politik noch verschlimmern. Er will die Steuern der 10% Reichsten und der Konzerne noch weiter senken. Und schon lange will er durchsetzen, dass unsere Chefs uns zwingen dürfen, 12 Stunden am Tag zu schuften. Er wird nur noch von der FDP und der AfD übertroffen, die radikal die „Freiheit“ der Bosse fordern, uns auszubeuten wie sie wollen.

Die SPD dagegen macht (wieder mal) soziale Versprechen. Doch was haben wir von einer Partei zu erwarten, die erst 8 Jahre unter Schröder und dann 12 Jahre in einer Großen Koalition unter Merkel alle Angriffe gegen die Arbeitenden aktiv mit eingeführt hat? Scholz selber war überall mit dabei. Er hat als SPD-Generalsekretär die Hartz-Gesetze mit eingeführt und als Arbeitsminister die Rente mit 67 umgesetzt. Und letztes Jahr hat er als Finanzminister gigantische Schulden für die „Rettung“ der Konzerne gemacht, die die Milliarden um 100 Milliarden Euro bereichert haben.

Und was die Grünen angeht: Es sagt schon viel aus, dass sie im Wahlkampf viele Spenden vom Großkapital bekommen haben. Ob RWE, Siemens oder die Autokonzerne, alle loben die „Unternehmerfreundlichkeit“ der Grünen. Zu Recht! Schließlich wollen auch sie den Konzernen noch mehr Geld schenken: nur diesmal unter dem Vorwand,

„klimafreundliche Technologien“ zu fördern. Und die einfache Bevölkerung soll dies durch noch höhere Heiz- und Spritkosten sowie Sparpläne bezahlen. Dem Klima nutzt diese Politik nichts, den Konten der Kapitalisten dafür umso mehr.

Für alle diese Parteien – und für FDP und AfD sowieso – stehen die Interessen der Konzerne an erster Stelle. Und das bedeutet zwangsläufig, dass sie die Lage der Arbeitenden verschlechtern.

Wer die Profite der Immobilienkonzerne schützt, kann nicht gleichzeitig etwas gegen steigende Mieten unternehmen. Wem die Interessen der Konzerne heilig sind, wird sie nicht daran hindern, die Arbeitenden zu Niedriglöhnen auszubeuten. Und wer gigantische Schulden macht, um die großen Kapitalisten trotz ihrer Milliardengewinne unbegrenzt mit Geld zu versorgen, der muss zwangsläufig woanders sparen: und zwar bei uns, bei unserer Rente, dem Öffentlichen Dienst, bei allen sozialen Einrichtungen und Hilfen.

Eben deshalb haben wir nur Verschlechterungen zu erwarten – egal welche der Parteien an die Regierung kommen und was diese im Wahlkampf versprechen.

In Berlin haben die Krankenhausbeschäftigten vier Jahre lang vergeblich darauf gewartet, dass die rot-rot-grüne Landesregierung ihr Wahlversprechen einlöst und für mehr Personal und höhere Löhne sorgt. Doch immer hieß es „Es ist kein Geld da.“ Jetzt haben sie die Nase voll. Seit dem 9. September sind sie in den zwei größten Berliner Krankenhäusern für diese Forderungen unbefristet in den Streik getreten: Der einzige Weg, um als Arbeitende unsere Interessen durchzusetzen!

Dies gilt umso mehr, da viele Fragen, die unser Leben bestimmen, oft gar nicht von der Regierung entschieden werden. Zum Beispiel die Frage, ob wir unseren Arbeitsplatz behalten. Wenn ja, zu welchem Lohn, mit was für Arbeits-

bedingungen und Arbeitszeiten. Oder auch, welche Produkte hergestellt werden und wie teuer sie sind. Über diese Fragen entscheiden Kapitalisten, die wir gar nicht wählen dürfen, ja deren Namen wir oft nicht einmal kennen.

Uns bringt man bei, dass das Kreuz auf dem Wahlzettel das entscheidende Mittel sei, um etwas zu verändern. Doch entscheidender ist dafür etwas anderes: Nämlich ob wir es schaffen, uns gegen die Angriffe der Regierung und der Unternehmer zu wehren und mit Protesten und Streiks für unsere Interessen zu kämpfen.

Das war auch in der Vergangenheit schon so. Dass uns der Betrieb zum Beispiel sechs Wochen den Lohn weiterzahlen muss, wenn wir krank sind, haben die Arbeiter*innen in den 1950er Jahren mit Streiks erkämpft. Und Streiks haben in den 1990er Jahren das Vorhaben verhindert, die Lohnfortzahlung auf 80% des Lohns zu senken.

In den letzten Wochen erst haben wir gesehen, welche Wirkung es hat, wenn 10.000 Arbeitende der Bahn streiken. Welche Macht können wir entwickeln, wenn hunderttausende Arbeitende vieler Betriebe gemeinsam streiken!

Nein, wir sind nicht machtlos. Doch was uns Arbeitenden heute fehlt, ist das Vertrauen in unsere eigene Kraft – und vor allem Perspektiven, wie wir uns verteidigen und unsere Lage ändern können.

Um das zu ändern, müssen wir Arbeiter*innen uns wieder eine eigene Partei aufbauen: eine Arbeiterpartei, die in den Betrieben, Stadtteilen und auch bei Wahlen einzig unsere Interessen vertritt und die notwendigen Kämpfe vorbereitet.

Und die die Perspektive verbreitet, dass wir Arbeitenden irgendwann selber die Leitung der Betriebe und der Gesellschaft übernehmen müssen – statt sie weiter in den Händen einer winzigen Minderheit ultrareicher Kapitalisten und ihrer Profitgier zu lassen. Erst dann nämlich gibt es einen wirklichen Ausweg aus dem Sumpf, der uns bergab zieht.

Trotz kreativer Spaltungsversuche der Unternehmer: die Streiks im Einzelhandel gehen weiter

Wie oft haben die Arbeitenden im Einzelhandel in der Pandemie gehört, wie wichtig ihre Arbeit ist und dass sie eigentlich viel zu wenig verdienen! Doch die großen Einzelhandelskonzerne, allen voran Konzerne wie Douglas, H&M, Saturn oder real, wollen ihre Reallöhne sogar noch weiter senken. Während die Preise sogar offiziell um 4% gestiegen sind, sollen die Löhne für die allergrößte Mehrheit der 3,1 Millionen betroffenen Arbeiter*innen um... null Euro steigen.



Deswegen legen seit vielen Wochen immer wieder zehntausende für mehrere Tage die Arbeit nieder. Sie wollen einen Tarifvertrag mit 4,5% und 45 Euro mehr Lohn im Monat durchsetzen, außerdem 12,50 Euro Mindestlohn.

Mit einem Trick hat der Unternehmerverband versucht, die Streiks zum Scheitern zu bringen. Einzelne Konzerne wie Aldi, Rewe oder Ikea, wo sich besonders viele Arbeitende an den Streiks beteiligt haben, haben ihre Löhne um 2% erhöht. Sie hatten gehofft, dass die Arbeitenden dieser Betriebe sich nicht mehr an den Streiks beteiligen – und die anderen dadurch zu schwach sind, um noch Lohnerhöhungen durchzusetzen.

Doch sie haben die Rechnung ohne die Empörung der Arbeiter*innen gemacht. Sie wollen sich nicht mit 2% abspeisen und auf so billige Weise spalten lassen. Und zum Beispiel bei Ikea in Norddeutschland haben die Bosse mit ihrer dreisten Haltung im Gegenteil für eine höhere Streikbeteiligung gesorgt.

Die Atom-U-Boot-Affäre: “Jahrhundertvertrag” und Kriegsvorbereitungen

In seiner Rede vor der UN-Vollversammlung redet US-Präsident Biden davon, dass die Zeit der „unablässigen Kriege“ vorbei sei, dass man Zusammenarbeit und keinen neuen Kalten Krieg wolle. Im gleichen Atemzug verschärft er die Kriegsvorbereitungen gegen China – wovon die Atom-U-Boote und der entsprechende diplomatische Eklat mit Frankreich ein weiteres Zeugnis ist.

*Wir veröffentlichen hierzu die Zusammenfassung eines Artikels unserer französischen Genoss*innen von Lutte Ouvrière vom 22. September 2021.*

Am 15. September kündigte der australische Premierminister Morrison plötzlich an, den Vertrag mit dem französischen Naval-Konzern über den Kauf von U-Booten im Wert von 56 Milliarden Euro aufzukündigen. Stattdessen kauft Australien nun Atom-U-Boote aus den USA. Diese Entscheidung ist Teil eines größeren Militärpakts gegen China, den die USA, Großbritannien und Australien gerade geschlossen haben.

Schon seit einigen Jahren tritt Australien immer stärker als Vorposten des Imperialismus gegen die chinesischen Interessen in Asien und im Pazifik auf. Erst unter Obama und dann unter Trump haben die USA hier eine Politik der Isolierung Chinas vorangetrieben. Und Australien möchte bei dieser Politik eine aktive Rolle einnehmen.

Dafür haben die australischen Regierungen große Aufrüstungsprogramme in die Wege geleitet. Sie sollen die Land-, Luft- und Seestreitkräfte hochrüsten, die für eine solche militärisch aktive Rolle bislang unzureichend ausgestattet sind. Für die kommenden zehn Jahre hat die australische Regierung Militärausgaben in Höhe von 354 Milliarden Euro geplant!

Die heutige U-Boot-Affäre sagt viel darüber aus, wie der US-Imperialismus sein Netz spinnt, um China zu isolieren und bei Bedarf einen wirklichen Krieg gegen das Land führen zu können. So soll Australien jetzt eine Marine aufbauen, mit der es China angreifen kann, sollte ihr amerikanischer Verbündeter dies

Ford schließt Werke und entlässt – weltweit!

Der US-Autobauer Ford wird seine gesamte Auto-Produktion in Indien einstellen. 4.000 Arbeiter*innen werden arbeitslos. Die Ford-Autos, die in Indien verkauft werden, werden künftig aus anderen Ländern importiert, unter anderem... aus Europa.

Erzählen uns die Autokonzerne nicht immer, dass sie die Produktion nach Indien, Polen, China verlagern ‚müssten‘, weil die Löhne dort so viel niedriger wären?

In Wahrheit schließen sie in allen Ländern Werke, entlassen in allen Ländern Arbeiter*innen – und die verbleibenden Werke und Arbeiter*innen müssen dafür immer mehr produzieren.

Die Autokonzerne haben in allen Ländern das gleiche Interesse: Noch mehr aus uns herauszupressen.

Demgegenüber haben die Arbeiter*innen in Indien, USA, Deutschland, China und überhaupt weltweit ebenfalls die gleichen Interessen: nämlich sich gemeinsam gegen diese Ausbeutungs-politik zu wehren!

anordnen. Dafür aber sind die ursprünglich bestellten französischen U-Boote nicht so gut geeignet. Deswegen kaufen sie nun lieber die amerikanischen U-Boote mit Atom-Antrieb, die einen viel größeren Aktionsradius haben und deren Bewegungen quasi nicht geortet werden können. Obendrein können sie damit die US-Marine entlasten, damit diese ihre Schiffe für andere Kriegseinsätze nutzen kann.

Die französische Regierung empört sich über den geplatzten „Jahrhundertvertrag“ und vor allem darüber, dass sie bis zum Schluss niemand über den geplanten Militärpakt und die neuen Rüstungspläne informiert oder gar einbezogen hat. Im Grunde ärgert sich die französische Regierung darüber, dass sie nicht für würdig befunden wird, sich an der Vorbereitung eines Krieges gegen China zu beteiligen.

Die französischen Arbeiter*innen ihrerseits haben keinerlei Grund, sich den Klagen ihrer Regierung anzuschließen.

Mord an Tankstellen-Verkäufer: AfD und Co. sind Todfeinde der Arbeiterklasse!

Er habe "ein Zeichen gegen die Corona-Diktatur setzen" wollen: So hat der 49jährige in Idar-Oberstein den Mord an einem 20jährigen Tankstellen-Verkäufer gerechtfertigt. Nachdem dieser ihn aufgefordert hatte, in der Tankstelle die Maske aufzusetzen, lief er nach Hause, schnappte sich eine seiner Waffen, ging zurück und erschoss den jungen Mann.

Der Täter gehört zum Umfeld der Corona-Leugner, und er verfolgt schon lange aktiv zahlreiche AfD-nahe Kanäle sowie Beiträge des extrem rechten CDU-Mitglieds und ehemaligen Verfassungsschutzpräsidenten Maaßen.

Genau dieses Umfeld im Netz gratulierte ihm sofort zu seiner Tat: Für sie alle ist ein einfacher Verkäufer das Symbol des „Systems“, das sie bekämpfen wollen – und ihn zu töten ein Akt der Rebellion.

Ja, das „System“, das sie bekämpfen wollen, ist nicht etwa die Diktatur der kapitalistischen Klasse, die uns willkürlich den Arbeitsplatz und den Lohn wegnehmen kann, die uns ausbeutet und unsere Gesundheit zerstört, die über

Mieten, die Preise, ja über unser ganzes Leben entscheiden kann und für deren Profitinteressen wir sogar in Kriege verwickelt werden. Nein, die sogenannte „Diktatur“, gegen die sie ihre Wut richten, ist die Pflicht, eine Maske zu tragen, um die Mitmenschen zu schützen!

Genau darin besteht letztlich die für die Kapitalisten nützliche Rolle der rechten Bewegungen. Das kapitalistische Gesellschaftssystem mit seinen brutalen Vorgehensweisen, das von heute auf morgen Existenzen zerstören kann, das auf Zwang und Erniedrigung beruht, erzeugt zwangsläufig eine diffuse Wut – umso mehr, je tiefer die Wirtschaft in der Krise steckt.

Und während traditionelle Parteien wie CDU, SPD usw. dieses System offen verteidigen, besteht die Funktion von AfD und Co. wie überhaupt aller rückschrittlichen Bewegungen darin, diese diffuse Wut in eine Richtung zu lenken, bei der die Herrschenden nichts zu fürchten haben: auf Dinge wie Maskenpflicht, die Abschaffung der Verbrennungsmotoren – und nicht zuletzt auf die

Migranten.

Der Mord in Idar-Oberstein oder auch der Fall in Köln, wo ein Mann mit dem Gewehr auf zwei Migranten geschossen hat, weil sie ihm zu laut waren zeigen, wohin diese Propaganda am Ende führt: zu Terror. Sie führt dazu, dass wir Arbeitenden uns am Ende gegenseitig bekämpfen, statt uns gegen die Verursacher von Armut, Unsicherheit und Unterdrückung – also gegen die kapitalistische Klasse – zusammenzutun.

Die Islamisten spielen übrigens genau dieselbe gefährliche Rolle.

Deshalb ist es lebenswichtig, dass sich Menschen finden, die in der Arbeiterklasse eine andere politische Kraft aufbauen. Eine politische Strömung, die eine Klassenperspektive vertritt und die Losung: Arbeiter*innen, vereinigen wir uns gegen die Kapitalisten und ihre Regierungen – gegen dieses kapitalistische System, das Ungerechtigkeit, Ausbeutung, Diktatur und nicht zuletzt diese gefährlichen rückschrittlichen Bewegungen hervorbringt!

Laschets Wahlkampagne:

Wieso sollte der Sozialismus eine Gefahr sein?

Am Ende hatte CDU-Kanzlerkandidat Laschet im Wahlkampf nur noch ein Argument: Wenn SPD, Grüne und Linke an die Macht kommen, wird in Deutschland der Sozialismus herrschen. Wählt mich, um diese Gefahr abzuwenden!

Welche Gefahr? Er ist doch in der Partei, die den rechtsextremen Maaßen als Kandidaten für den Bundestag aufstellt – diesen ehemaligen Verfassungsschutzpräsidenten, der nicht nur „Verständnis“ für die Jagd auf Migranten äußerte, sondern in seiner Funktion jahrelang rechtsradikale Terrorzellen in und außerhalb der Polizei mit gedeckt hat.

Laschet ist doch in der Partei, in der eine wachsende Gruppe zumindest auf Landesebene auch mit der AfD regieren würde. Wenn also eine Partei eine Gefahr darstellt, dann wohl eher seine eigene!

Weder SPD noch die Linke treten außerdem für den Kommunismus ein, was seine Wahlkampagne lächerlich macht.

Doch über eines lohnt es sich nachzudenken: Wenn für jemanden wie Laschet – der Gegner von höheren Mindestlöhnen, der beste Freund der Kapitalisten und der „Freiheit“ der Ausbeutung – der Kommunismus so ein Schreckgespenst ist, ist er dann für uns Arbeiter*innen nicht vielleicht eine gute Sache?

Lohnfortzahlung: Wehret den Anfängen!

Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ist den Kapitalisten schon lange ein Dorn im Auge. Schon in den 90er Jahren wollten sie sie unter CDU-Kanzler Kohl drastisch kürzen, auf 80% des Lohns, was nur dank größerer Streiks letztlich verhindert wurde.



Streiks gegen den Angriff auf die Lohnfortzahlung (1996)

Nun hat die Bundesregierung beschlossen: Wer nicht geimpft ist und in Quarantäne muss, bekommt spätestens ab dem 1. November für die Zeit der Quarantäne keine Lohnfortzahlung mehr, in manchen Bundesländern sogar schon ab Oktober.

Die Gefahr ist real, dass es zukünftig nicht bei dieser einen Ausnahme mit der Quarantäne bleibt. Und auch, dass die Krankenkassen irgendwann Behandlungen nicht mehr bezahlen, mit dem Argument: „Warum soll die Gemeinschaft für eure Unvernunft bezahlen?“ – genau dasselbe Argument, das sie jetzt zur Nicht-Bezahlung der Quarantäne nutzen.

Wir haben bereits mehrfach erlebt, wie die Unternehmen Corona als Gelegenheit genutzt haben, um Verschlechterungen durchzusetzen: um Entlassungen zu rechtfertigen, Pausen zu streichen, noch mehr Überwachung einzuführen... Auch deshalb ist der jetzige Angriff auf die Lohnfortzahlung ein Angriff auf uns alle.

VW: Noch Luft nach oben

Vor kurzem hat der Prozess gegen vier Manager und leitende Ingenieure von VW begonnen, die über Jahre den Abgasbetrug bei VW organisiert haben. Nicht mit auf der Anklagebank aber sitzt deren Chef, der ehemalige VW-Vorstandsvorsitzende Winterkorn. Er hat es geschafft, dass sein Prozess auf unbekannte Zeit verschoben wurde.

Und gar nicht angeklagt sind die großen Aktionäre und Aufsichtsräte von VW – allen voran die Milliardenfamilie Porsche-Piëch – in deren Interesse all das passiert ist: Sie haben an dem Betrug verdient, haben die Gewinne eingesteckt und sie auch nie wieder rausgerückt. Doch dass andere für sie die Drecksarbeit machen und dafür bezahlen müssen, ist in unserer Gesellschaft ganz normal.

Serientäter

Ebenso normal ist es, dass die VW-Bosse für die meisten ihrer Verbrechen gar nicht angeklagt werden. Auf der Liste steht zum Beispiel Erpressung. Mehrfach haben sie zum Beispiel den Arbeiter*innen eines Standortes gedroht: „Wenn ihr nicht auf Lohn verzichtet und regelmäßig samstags kommt, werden wir die Produktion woanders hin verlagern.“ Ebenso auf der Liste: Diebstahl. Zehntausende Arbeiter*innen haben sie in Fremdfirmen oder auch in VW-eigene Leiharbeitsfirmen ausgelagert und dabei jedem hunderte Euro Lohn gestohlen.

Für solche Delikte aber kommen sie nicht vor Gericht. Denn die sind im Kapitalismus legal.

Reich an Konzernen – und an Armut

In welchen Städten sind die meisten Zentralen der größten deutschen Konzerne? Berlin? Ja. München? Ja. Und an dritter Stelle? Düsseldorf, Hamburg, Köln, Stuttgart? Nein. Essen!



Essen, das zu den fünfzehn Städten mit der höchsten Arbeitslosigkeit und der höchsten Armutsquote in Deutschland zählt und wo jedes dritte Kind von Hartz IV leben muss – in dieser Stadt tummeln sich Konzernzentralen in schicken modernen Hochhäusern.

Aber viel mehr als deren Anblick bleibt vom Reichtum dieser Konzerne nicht bei den Menschen in Essen hängen. Deren Reichtum nämlich geht auf die Konten der Aktionäre, an die Börse... und in die Steueroasen.

Laschet, Scholz: In ihrer Hilfsbereitschaft für die Konzerne tun sie sich nichts

Das Gericht hat bestätigt, was eigentlich alle schon wussten: Laschet hat gelogen und das Gesetz gebrochen, um den Wunsch des RWE-Konzerns zu erfüllen und die Umweltaktivisten mit einem riesigen Polizeiaufgebot aus dem Hambacher Forst zu vertreiben, wo RWE Braunkohle abbauen will.

Parallel dazu offenbaren die derzeitigen Finanz-Skandale um Scholz, dass sein Finanzministerium sehr großzügig zu betrügerischen Großkonzernen ist. Und eine Hamburger Bank, die dutzende Millionen an Steuern hinterzogen hatte, musste diese dank Scholz' persönlicher Hilfe nicht zurückzahlen.

Ob Laschet oder Scholz: Nichts ist ihnen wichtiger, als den großen Konzernen und Banken zu helfen. Da sind dann auch die eigenen Gesetze egal.

HartzIV: Millionen werden noch ärmer

HartzIV und Grundsicherung werden ab Januar 2022 um ganze 3 Euro erhöht. Und das, während die Preise für Nahrungsmittel in einem Jahr um 4,6 Prozent gestiegen sind, für Gemüse sogar um 9% – von den Stromkosten ganz zu schweigen. Von den 3 Euro kann nicht einmal ein Bruchteil der gestiegenen Preise bezahlt werden!

Schon jetzt müssen über anderthalb Millionen Menschen zu den Tafeln gehen, um am Monatsende noch genug zu essen zu haben. Mit der jetzigen Entscheidung werden Millionen Arbeitsuchende, Aufstocker, arme Rentner*innen und Kinder noch ein Stück ärmer, wird ihr Leben noch schwerer gemacht.

Alle sozialen Hilfen müssen ebenso wie alle Löhne und Renten automatisch mitsteigen, wenn die Preise steigen!

Krankenhauskeime: Tödliche Entscheidungen

Laut der Barmer Ersatzkasse hat es 2020 noch mehr Infektionen und Todesfälle durch Krankenhauskeime gegeben als in den Jahren davor. Statt rund 15.000 sind fast 17.000 Patient*innen daran gestorben – und zwar deshalb, weil sich der extreme Personalmangel und die Überlastung in den Krankenhäusern im letzten Jahr weiter verschlimmert haben. Denn auch mitten in der Pandemie sind die Einsparungen und Privatisierungen in den Krankenhäusern weitergegangen!

Mindestens ein Drittel der Infektionen und Todesfälle hätten laut der Barmer durch mehr Personal verhindert werden können.

Allein schon deshalb ist jede weitere Sparmaßnahme in den Krankenhäusern verantwortungslos und tödlich.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de

Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

*Das Rote Tuch kann man auch abonnieren:
für 13 € pro Jahr!*